



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 1.9.2008



Parlament beschließt unter Protest von Prostituierten Porno-Steuer

Marburg. Mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und Marburger Bürgerliste beschloss das Stadtparlament Marburg am Freitag die Einführung einer „Steuer auf Vergnügen besonderer Art“. Die Grünen enthielten sich, die Marburger Linke stimmte dagegen. Im Finanzausschuss war das Votum noch einstimmig.

Vor und während der Parlamentsabstimmung protestierten rund 20 Prostituierte (die OP berichtete). Porno- und

Sexdarbietungen einschließlich des Vorführens von Filmen und Bildern sollen künftig besteuert werden, „nicht aber Sexdienstleistungen“, erklärte Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD). Mehrere Stadtverordnete aus Koalition und Opposition kritisierten die Vorgehensweise von Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer, der wegen der Demonstration die Parlamentssitzung unterbrochen hatte. „MARBURG“

Parlament beschloss Einführung der Porno-Steuer · Grüne enthielten sich, Linke war dagegen

Marburg. Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer unterbrach am Freitag die Sitzung des Parlaments für etwa anderthalb Stunden.

Fortsetzung von Seite 1
von Anna Ntemiris

Als am Freitag um kurz nach 21 Uhr mehr als 20 Prostituierte die Stadtverordnetenversammlung besuchten, rückte die Aussprache zum Armutsbericht – das Thema stand gerade auf der Tagesordnung – in den Hintergrund.

Die Frauen, die auf den Besucherstühlen Platz nahmen, verdeckten ihr Gesicht mit weißen Masken und hielten große und kleine Transparente mit Sprüchen wie „Keine Sondersteuer für Sexarbeit“ hoch.

Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) unterbrach daraufhin zunächst die Rede von Pit Metz (Marburger Linke), dann die gesamte Sitzung und ging zu den Zuhörerreihen, um mit der Sprecherin der Organisation „Dona Carmen“ aus Frankfurt, Juanita Henning, zu diskutieren.

Einige Stadtverordnete und

Oberbürgermeister Egon Vaupel (SPD) hörten sich die Anliegen der Frauen ebenfalls an. Diese protestierten gegen die Einführung einer „Porno-Steuer“ – der Steuer auf Vergnügen besonderer Art, wie sie im Amtsdeutsch genannt wird.

Kurze Zeit später berief Löwer den Ältestenrat ein. Dieser sollte klären, wie das Parlament weiter verfährt – die Sitzung war solange unterbrochen. Der Ältestenrat konnte sich aber nicht einigen, ob die Abstimmung über die geplante Einführung der Porno-Satzung vertagt wird oder nicht und beschloss, dass die Fraktionsvorsitzenden Rücksprache mit ihren Fraktionen halten. Mehrere Grünen-Stadtverordneten und die Marburger Linke wollten eine Verschiebung der Satzung bewirken, doch dies fand keine Mehrheit in den Beratungen hinter den Kulissen.

Zwischenrufe und Tränen

Unterdessen forderte Löwer die Frauen höflich, aber bestimmt, auf, die Masken abzulegen, weil diese gegen das Vermummungsverbot verstießen.

Nachdem er ihnen zusicherte, dass keine Foto- und Filmaufnahmen – ein TV-Journalist war gekommen – von den Frauen gemacht werden, zeigten die Prostituierten ihre – jungen – Gesichter.

Nach einer insgesamt fast anderthalbstündigen Unterbrechung setzte Löwer die Sitzung fort und fragte, ob die Aussprache zum Armutsbericht nun aufgehoben werden könne. Die Stadtverordneten widersprachen dem Vorschlag. „Es kann nicht sein, dass wegen einer Unterbrechung eine Aussprache ausfällt“, sagte Pit Metz (Marburger Linke).

Nach der Diskussion zum Armutsbericht wurde über die Einführung der Porno-Steuer ohne Aussprache abgestimmt: Das Abstimmungsergebnis sah anders als im Haupt- und Finanzausschuss aus – dort war die Vorlage von Oberbürgermeister Vaupel einstimmig angenommen worden: Die Satzung wurde mit den Stimmen von SPD, CDU, MBL und FDP verabschiedet. Die Grünen enthielten sich der Stimme, weil sie eine Vertagung des Tagesordnungspunktes wünschten. Die Marburger Linke stimmte dagegen. „Wir stimmten im Ausschuss in Unkenntnis der Sachlage. Jetzt haben wir neue Informationen“, sagte Georg Fülbert (ML) der OP.

Kritik richtet sich an Heinrich Löwer

Vor und nach der Abstimmung gab es laute Zwischenrufe aus den Zuhörerreihen: „Ihr solltet Euch schämen“ oder „Hauptsache Eure Männer kommen zu uns“. Nachdem die Prostituierten den Saal verließen, rief eine Frau in gebrochenem Deutsch weinend: „Danke für Euch“.

Aufgrund der langen Unterbrechung konnten am Freitag



Weil die Prostituierten unerkannt bleiben wollten, trugen sie Masken.

Fotos: Anna Ntemiris

keine weiteren Themen debattiert werden, die Geschäftsordnung des Parlaments sieht vor, dass ab 23 Uhr nur noch Abstimmungen erfolgen dürfen. So wurde ein Großteil der Anträge in die nächste Sitzung verlegt. Nach der Sitzung kritisierten mehrere Stadtverordnete die Vorgehensweise von Löwer. Er hätte die Sitzung nicht unterbrechen dürfen, hieß es. SPD-Fraktionschef Reinhold Becker sagte, Löwer hätte als Hausherr strenger vorgehen müssen. „Eine Dreiviertelstunde gab es eine unübersichtliche Situation im Parlament“, sagte Vaupel. Er betonte, dass Laufhäuser von der Satzung nicht betroffen seien. Es gehe um Sexdarbietun-

gen wie auf Erotikmessen, in Sexkinos oder beim Table Dance üblich sei, „nicht aber um Sexdienstleistungen“. Löwer räumte öffentlich ein, dass es falsch war, die Aussprache zum Armutsbericht zu unterbrechen. Der Ältestenrat müsse klären, wie künftig bei solchen Situationen verfahren werde. Er sei von der unerwarteten Demonstration überrascht worden und wollte diese nicht einfach hinnehmen, daher habe er die Sitzung unterbrochen. Löwer bedauerte, dass er vom Magistrat nicht vorab über einen möglichen Protest informiert worden sei. Vaupel räumte ein, dass er im Vorfeld Gerüchte gehört hatte, wonach es Proteste geben sollte.



Jede Demonstration hatte ein Transparent mit Sprüchen wie „Keine Steuer für Sexarbeit“ mitgebracht.